

Calmer Tagblatt

Nr. 64.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. Restanten 2.— M. — auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% —, pers. Dr. u.

Freitag, 18. März 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zeh verl. M. 12.9) die Jahresfrist. Höhe ungetr. M. 12.9) mit Postgeb. — Einlag der Anzeigenannahme 3 Uhr vormittags.

Nationale Politik.

A. H. nationale Politik ist uns was sie nicht ist, haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten genugsam erfahren. Auch die nationale Politik ist eine Kunst, zu deren Ausübung oft recht viel Takt und diplomatische Geschicklichkeit gehört. Gerade hierin hat ja Kaiser Wilhelm so schwere Fehler gemacht. Eine nationale Politik muß ferner in erster Linie mit realen Verhältnissen rechnen und darf sich nicht durch das Gefühl von dem Boden der gegebenen Tatsachen abdrängen lassen.

Der Versuch der Entente, uns durch die Pariser Beschlüsse zu vernichten, hat bei uns die nationale Einheitsfront von den Konservativen bis zu den Mehrheitssozialisten erzwungen. Als Reichsminister Dr. Simons in London die Unterschrift der Pariser Beschlüsse verweigerte, fand eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihm.

Leider wird heute diese nationale Einheitsfront schon nach wenigen Tagen ihres Bestandes wieder schwer gefährdet. Es treten nämlich seit Monaten wieder mehr und mehr jene Leute in den Vordergrund, welche die nationale Politik mit lärmenden Demonstrationen, mit überflüssigen Herausforderungen an den Kriegsgegner von gestern verwechseln, welche dem deutschen Volk für die Wiederherstellung der früheren Weltstellung solche Mittel anpreisen. Leute drängen sich vor, welche vergessen haben, daß seit 1813 mehr denn 100 Jahre vergangen sind, und welche nicht glauben, daß heute für den Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Staates durch Verteilung jener Weltstellung und Verleugnung des tatsächlich vorhandenen Machtverhältnisses nichts — gar nichts — gewonnen wird. Die Pariser Forderungen haben nur ein einmütiges Nein verdient. Darüber hinaus ist es aber ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, es in alle Welt hinauszuschreien, daß der Versailler Vertrag nun ungültig sei. Kein Pfennig wird uns deswegen am Friedensvertrag nachgelassen, im Gegenteil, die Stimmung der Welt gegen uns, die nach dem Bericht Dr. Simons für uns keineswegs günstig ist, wird noch schlechter werden. Schon scheinen unsere Hoffnungen auf Amerika wieder in ein Nichts zu zerfallen. Denn wohlgerne, mit Schimpfen und Lamentieren an den Stammtischen wird nationaler Würde kein besonderer Dienst erwiesen und solche Bierbankstrategen können aber auch nicht, so gerne sie wollten, jetzt aus der Haut fahren, und mit Recht hat Dr. Simons im Reichstage darauf hingewiesen, daß wir, obgleich die Verhandlungen in der Reparationsfrage gescheitert sind, nun trotzdem unseren anderen Verpflichtungen nachkommen müssen. „Die Welt, als ob der Vertrag von Versailles, nachdem ihn die Götter zerrissen haben, auch für uns ungültig sei, ist falsch. Für uns soll die Friede bestehen bleiben innerhalb der Grenzen des Möglichen.“ (Simons am 12. März im Reichstag.)

Diejenigen, welche in Berlin und München vor den Ententekommissionen demonstrierten, haben dem Vaterlande einen schlechten Dienst erwiesen. Niedertrübe auf die Ententekommissionen können uns nur schaden, weil hinter diesen Gesinnungsansprüchen durchaus keine Macht steht. Phrasen erreichen nichts, wo Macht vor Recht geht. Alle Macht befindet sich aber heute in der Hand der Entente. Mit Recht sprach Reichsminister Dr. Simons im Reichstage: „Wir sind gefesselt durch den Vertrag von Versailles. Wir werden diese Fesseln nicht abstreifen können, indem wir trotz erklären: Ihr habt den Vertrag verletzt, er gilt nicht mehr! Um das tun zu können, müßten wir die Macht dazu haben. Ich bin nicht der Mann, der gegenüber der technischen Gewalt und Uebermacht unserer Gegner, es sei denn in allerletzter Not, unsere junge Menschheit, die dem Kriege entgangen ist, nochmals zum Opfer bringen würde.“

Wüssten es alle Führer der Massen erkennen, daß wir mit Heranzugewandten und Drohungen an einen übermächtigen Feind unsere heutige Lage gegenwärtig nicht verbessern können. Mit Recht wandte sich kürzlich ein früherer Abgeordneter in einem Aufruf an die deutschgesinnte Jugend: „Vielleicht habt auch Ihr zugestimmt, als in den letzten Tagen ein Oberst Klander in München vor Zehntausenden die Faust ballte: „Sie sollen nur kommen!“ — Solche Führer werden sich nunmehr immer zahlreicher an Euch drängen und werden sagen, sie allein seien „national“ und „deutsch“. Aber Ihr seid ja selbst im Kriege gestanden und seid über Eueres Jahre weise geworden. Ihr müßt nun einem einseitigen Generalstabsoffizier sagen, daß es zum wenigsten geschmacklos ist, mit dem Säbel zu rufen, wenn man keinen mehr besitzt! Rednet ihm vor, wie wenig Kriegsmaschinen und Bataillone genügen würden, um alles, was Flinten und Senfen ergreifen kann, im Blute zu erstickten. Sagt ihm aber auch, daß das deutsche Volk — seine Wehr und seine Jugend — niemals mehr die Waffen ergreifen wird, außer zu seinem Selbstschutz in der äußersten Notwehr, denn es hat erkannt, daß der Geist der Gewalt nicht und widerständig ist. Die bewaffnete Hand allein kann niemals die persönliche Ehre retten, die „gepanzerte Faust“ allein kann niemals die nationale Zukunft sichern. Mögen die Bef-

mächte noch an die Gewalt glauben; dann weise ihnen; dann haben sie weniger aus dem Kriege gelernt als wir, und viele von uns werden es noch überleben, wie sie daran zugrunde gehen, während wir schon wieder aufgestiegen sind.“

Französische Kammer.

Die Zwangsmaßnahme im Dienste des Rechts (!). Frankreich immer noch in Angst.

Paris, 18. März. Die Kammer setzte gestern die Beratung der Interpellationen fort. Klotz, Finanzminister im Kabinett Clemenceau, betonte, wenn die 12prozentige Abgabe auf die deutschen Ausfuhrwaren nicht bei den Neutralen erhoben werde, so werde die Aufgabe der französischen Kaufleute, die ihre Ausfuhr nach diesen Ländern leiten, erschwert. Klotz wies auf die Tatsache hin, daß die deutsche Regierung an die Reparationskommission nur 8 Milliarden gezahlt habe, während der französische Steuerzahler seit dem Waffenstillstand 40 Milliarden bezahlt habe, die von den Deutschen hätten geleistet werden müssen. Der Redner stellte fest, daß man angesichts der Tatsache, daß Deutschland das Abkommen von Versailles nicht unterschrieben habe, wieder dem Vertrag von Versailles gegenüberstehe, und ersuchte den Ministerpräsidenten, der Kammer über diesen Punkt Aufklärungen zu geben. — Ministerpräsident Briand erklärte, die Wahrheit sei, daß das Pariser Abkommen nicht mehr existiere, denn wenn es bestünde, müßte es alle Unterschriften haben. Man sei also zum Friedensvertrag zurückgekehrt. (Lebhafte Beifall.) Die Reparationskommission entscheide in der Festsetzung der deutschen Schuld. Sie könne jetzt zu einem Ziel kommen, weil die Einigkeit unter den Alliierten vorhanden sei. Er habe also Recht gehabt, den Friedensvertrag von Versailles mit einem fortgesetzten Verden zu vergleichen. Weil er eben die Fehler des Vertrags gekannt habe, sei es offenbar geworden, daß Frankreich nur seine Rechte erlangen könne, wenn er es den Alliierten sage, wie er es tatsächlich getan habe. Die Geste, die wir unternahmen, war eine ernste, aber wenn Großmächte wie Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan, ihre Bahnen vereinigen, um eine Zwangsmaßnahme im Dienste des Rechts auszuführen, dann muß die Geste Früchte tragen. Man muß aber auch die Schwierigkeiten bedenken. Es gab solche militärischer Art. Er begreife die Beunruhigung des Abg. Lefebvre. Auf der Pariser Konferenz habe er die Frage der nationalen Sicherheit Frankreichs zur Sprache gebracht. Die Aufgabe der Ueberwachungskommission sei schwierig. Es bleibe noch vieles zu tun übrig. Er habe in dieser Frage den Militärs das Wort erteilt. Die, die Deutschland kennen, hätten ein Programm vorgeschlagen. Seine Aufgabe sei es gewesen, dafür zu sorgen, daß die Alliierten es annehmen. Das hätten sie getan. Wenn noch Material vorhanden sei, das Deutschland die rasche Fabrikation von Kriegsmaterial gestatte, dann müßten Vorkehrungen getroffen werden. Frankreich habe das Recht, auf diesem Gebiet laut zu sprechen. Der Ministerpräsident setzte alsdann der Kammer auseinander, daß er ihr Vertrauen und ihre Mitarbeit verlange, nicht etwa um der Kammer die Verantwortlichkeit zu übertragen, die auf die Regierung falle, sondern um ihre Autorität bei den bevorstehenden neuen Verhandlungen zu stärken.

Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 17. März. Die Kammer genehmigte mit 491 gegen 70 Stimmen einen Vertrauensantrag für das Ministerium Briand.

Zurücktritt Bonar Laws.

London, 18. März. (Reuter.) Im Unterhaus teilte Lloyd George gestern mit, daß Bonar Laws aus Gesundheitsgründen zurückgetreten sei. Diese Mitteilung erregte im Unterhaus große Ueberraschung.

London, 18. März. Als Lloyd George gestern Nachmittags im Unterhaus das Schreiben Bonar Laws vorlas, in dem dieser wegen völliger Erschöpfung und auf den dringenden Rat seiner Ärzte hin seinen Rücktritt ankündigte, wurde der Premierminister wiederholt von Rührung übermannt. Er konnte schließlich seinen Gefühlen nicht mehr Herr werden und sank mit einer Bewegung, durch die er andeutete, daß er nicht in der Lage sei, weiterzusprechen, auf seinen Sitz zurück. Lloyd George verließ dann sofort das Haus. Die Mitteilung Lloyd Georges war für das Haus eine völlige Ueberraschung und hat in politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Der Rücktritt Bonar Laws ist für die gesamte Koalition von großer Bedeutung. Wie verlautet, wird die Unionistische Partei am Montag eine Sitzung abhalten, um den Nachfolger Bonar Laws zu wählen. Dafür kommt, wie verlautet, Chamberlain in Betracht. Der Nachfolger Bonar Laws wird wahrscheinlich auch als Führer des Unterhauses und als Stabschef des ersten Ministers auftreten.

Für auswärtigen Lage.

Polen vor dem Zusammenbruch?!

Laut „Tagl. Rundschau“ in Berlin hat der polnische Minister für Lebensmittelversorgung in Warschau die Schließung aller Privatbädereien angeordnet und den freien Handel mit Brot verboten. — Diese Meldungen beweisen, wie die „Tagl. Rundschau“ bemerkt, daß sich die Verhältnisse in Polen mit Riesenschritten dem Zusammenbruch nähern.

Sinken der polnischen Valuta. — Börsenschluß.

Berlin, 18. März. Nach einer Meldung der Breslauer „Schlesischen Zeitung“ hat die polnische Regierung in Warschau infolge des Sinkens der polnischen Valuta die Warschauer Börse geschlossen. Die größeren Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Infolgedessen steigt die deutsche Mark in Warschau weiter. Die in Katowitz erscheinende „Gazeta Ludowa“ veröffentlicht eine Bekanntmachung der polnischen Bank Ludowa, daß die Bank die Entgegennahme von Depositen in polnischer Valuta einstellt. Die polnische Volksbank in Gleiwitz hat schon vor vielen Wochen kein polnisches Geld mehr entgegengenommen und sich geweigert, dafür deutsches Geld einzuwechseln.

Die Polen als Geiselnnehmer . . .

Berlin, 17. März. Reuter berichtet nachfolgend, von amtlicher polnischer Seite stammende Meldung: Eine sehr beträchtliche deutsche Truppenzusammensetzung findet an der gesamten deutsch-polnischen Grenze statt. Es wird berichtet, daß die an der polnischen Grenze in Massen vereinigten deutschen Truppen an Zahl die gesamte deutsche Division zur Verstärkung eingetroffen seien. Außerdem sollen noch geheime deutsche militärische Organisationen die Regierungstruppen unterstützen. — Zu dieser Nachricht wird von polnischer Seite ein Communiqué veröffentlicht, das besagt, diese Nachricht sei sehr bezeichnend, da sie den Entschluß der Deutschen beweise, sich nicht an das Ergebnis der Abstimmung zu halten, wenn es für Polen günstig ausfalle. Die Anwendung energischer Maßnahmen sei nach Ansicht der Polen notwendig, damit die Möglichkeit einer ehrlichen und gerechten Eintragung der Stimmen der ober-schlesischen Bevölkerung gesichert sei. — Hierzu ist seitens der deutschen Regierung folgendes zu erklären: Die Nachrichten über deutsche Truppenansammlungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet sind völlig aus der Luft gegriffen und entbehren jeder Grundlage. Die Stärke der Reichswehr hat tatsächlich die im Friedensvertrag zugestandene Zahl noch nicht erreicht. Alle Truppenteile befinden sich bis auf ganz unbedeutende Ausnahmen in ihren Friedensstandorten. Die Kontrollkommissionen der interalliierten Militärkontrollkommission, die jederzeit in der Lage sind, die einzelnen Standorte aufzusuchen, sind bis in die letzten Tage im Grenzgebiet tätig gewesen. Es ist von ihnen nicht der geringste Einspruch wegen Ueberschreitung der im Friedensvertrag zugestandenen Zahlen erfolgt. Dies beweist die gänzliche Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen und der daraus gezogenen Schlüsse.

Senator Knog für Frieden mit Deutschland.

London, 18. März. Die „Morningpost“ meldet, Senator Knog habe erklärt, er werde bei Wiedereröffnung des Senats seine Entschließung wieder einbringen, die die Herstellung des Friedens mit Deutschland fordere. Er tue dies aber nur für seine eigene Person und er wisse nicht, wie der Senat diese Entschließung aufnehmen werde.

Nach Amerika gegen uns?

Präsident Harding und Staatssekretär Hughes haben beschlossen, alle Rechte, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, in Anspruch zu nehmen. Nach genauem Studium der schwebenden Fragen über die Insel Yap, die Verteilung der ehemals deutschen Inseln, der Mandate von Mesopotamien, Smyrna, der Inseln in der Südsee, wurde erklärt, daß die frühere Regierung nichts getan habe, woher man einen Verzicht ableiten könne. Jede der oben erwähnten Fragen wird gesondert behandelt werden. Man glaubt, daß Harding über die Frage der Insel Yap zuerst verhandeln wird. Der Abschluß des Friedensvertrags mit Deutschland soll von dem Entgegenkommen Deutschlands in der Behandlung der einzelnen Fragen abhängig gemacht werden.

Der Brennerpaß italienisch?

Ein Pariser Telegramm meldet, daß die internationale Grenzkommission den Brennerpaß und die Brennergemeinde Italien zugesprochen hat.

Englands Herrschaft in Deutsch-Ostafrika.

Paris, 18. März. Nach einer Havas-Meldung aus Caprivar hat England jetzt auf Grund des ihm übertragenen Mandats in Deutsch-Ostafrika die gesamte Verwaltung übernommen.

Tervereine
Draues
1921, nachmittag
Dreiß
aus Erlangen.
d deren
deutung“
Frauen, eingeladen.
Der Vorstand.
März 1921
Teilnahme,
D beim Hin-
heres treu-
Bruders
mel,
Schwellern
igen Worte
ebenden Ge-
beraus zahl-
ren zu leiner
diesem Wege
Rindern
März 1921.
die zahlreide
n zu seiner
des K röh-
Hauptlehrers
er für seine
Mäd. Holz-
e u. Kran-
ranvereins
Lendenwort
Krauzieder-
rens Neuen-
der trauren-
ank.
de Gattin
Kustlerer.
gut erhaltenes, großes
Pl-Stabier
verkauft.
erner, Teufelweib.
im Auftrag zu ver-
Anzug
lere Größe),
och m. Weste
pulente Frau
men - Mantel
lere Größe.
es sehr gut erhalten.
F. Schäfer jr.
Schneidermeister,
Hilbergerstraße 25.

Zur 20-Milliarden-Zahlung.

Paris, 16. März. Dem „Journal“ zufolge hat der Reparationsausschuß gestern Nachmittag in einer Sitzung, nachdem er bisher in mehreren Sitzungen diese Fragen geprüft hatte, den Wortlaut der Aufforderung festgesetzt, die an Deutschland gerichtet werden soll, damit dieses seinen Verpflichtungen vor dem 1. Mai nachkomme. Die nach Berlin gerichtete Note fragt außerdem bei der deutschen Regierung an, unter welcher Gestalt sie die Zufugzahlung der 20 Milliarden zu leisten gedenkt. (Anmerkung des B. T. V.: Zu den wiederholten Meldungen aus Paris, die Reparationskommission habe beschlossen, an Deutschland noch vor dem 1. Mai 1921 eine Aufforderung zur Zahlung der nach ihrer Ansicht gemäß Artikel 235 des Friedensvertrags bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird von sachkundiger Seite erneut bestätigt, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands den Betrag von 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur die sein können, daß nach § 17, Ziffer I der Anlage II zu Artikel 244 des Friedensvertrags die aus diesem Grunde nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinsliche Schatzanweisungen umzutauschen wären.)

Zu den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen
äußert sich im „Berliner Tagblatt“ der Vertreter einer nach England exportierenden Schweizer Hauptindustrie u. a., man habe in der Schweiz durchaus kein Heimweh nach der S. S. S. Stärker als die Schweiz würden vermutlich die nordischen Staaten und namentlich Holland, auch Belgien, von den englischen Maßnahmen berührt. Es wäre daher angezeigt, wenn sich der Bundesrat nach der Haltung dieser Staaten erkundigen würde. — Der Berner Korrespondent des „Journal de Geneve“ verweist darauf, daß die englische Bill den von der Brüsseler internationalen Finanzkonferenz erhobenen Forderungen nach freiem Handelsverkehr widerspreche. Man befürchte, daß die Ausführungsbestimmungen zu der Bill weitere Erschwerungen bringen würden und erwarte mit Bestimmtheit, daß angeichts des vorgezeichneten Eingreifens der englischen Gerichte zahlreiche Bestellungen annulliert würden. Die Anwendung der Bill werde nach dem Urteil der zuständigen Kreise sich auf jeden Fall außerordentlich kompliziert gestalten.

Wenn es mit rechten Dingen zugeht . . .
Bern, 17. März. Zu dem Appell Deutschlands an den Völkerbund erklärt das „Berliner Tagblatt“, wenn es mit rechten Dingen zugehe, müsse der Völkerbund der militärischen Spaziergang nach den Rheinländern rügen und verwerfen. Die Gegner hätten unter keinen Umständen das Recht, gegen Deutschland kriegerische Maßnahmen zu treffen, sofern nicht der Krieg von neuem erklärt sei.

Marokkanisches Regiment auf dem Marsch zum Rhein.

Cajablanca, 17. März. Das 66. marokkanische Schützenregiment, das am Rhein Garnison beziehen soll, wurde heute nach Marzelle eingeschifft.

Der Sitz des Völkerbunds.
Der Bürgermeister von Lyon, Herriot, erklärte, daß die Stadt Lyon bereit sei, für den Völkerbund einen Palast zu bauen, falls beabsichtigt würde, den Sitz des Völkerbundes von Genf nach Lyon zu verlegen.

Rußland.

Der Kampf um Kronstadt.
Stockholm, 17. März. „Nordista Prekzentralen“ meldet aus Helsingfors: Die Forts von Kronstadt Nummer 4, 5 und 6 haben sich ergeben. Aus ihnen sind etwa 100 Flüchtlinge in Terijoki angekommen, die mitteilen, daß Kronstadt sich noch in der Hand der Revolutionäre befindet.

Stockholm, 18. März. Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen worden ist.

Waffenstillstand. — Batum in Gefahr.
London, 18. März. Reuter meldet den Abschluß eines 24stündigen Waffenstillstands zwischen Georgien und den Bolschewisten. Batum sei in Gefahr, in die Hände der Bolschewisten zu fallen, sofern kein Frieden zustande komme.

Revolutionäre Arbeiterschaft.
Kopenhagen, 17. März. Die Zeitung „Politiken“ in Helsingfors erhielt ein Telegramm, wonach es sich bestätigt, daß in Petersburg die ganze Arbeiterschaft zu den Revolutionären hält und daß auch das Heer in Petersburg nicht mehr zuverlässig ist. Das 561. Regiment Kaschnaja-Gorka ist zu den Revolutionären übergetreten. Vorgestern Abend fand wieder ein heftiger Artilleriekampf zwischen Kronstadt und Kaschnaja-Gorka und Oranienburg statt.

Die Lage in Rußland.
Berlin, 17. März. Die „Note Fahne“ veröffentlicht einen Bericht Tschitscherins an die Berliner Sowjetvertreter, der feststellt, daß in Moskau und Petersburg wie früher vollkommene Ruhe herrsche. Nachrichten über Aufstände in Pflow, Orel, Minsk und Kuzel und anderen Städten seien unwahr. In Kronstadt ziehe man den Frieden, wenn auch langsam, der Kapitulation vor. In einigen Gegenden organisierte Verbände, aber ohne politische Parole, deren eigentliche Forderung die Abänderung der Getreidebelieferungsquoten sei.

Preßbestimmen zum englisch-russischen Handelsvertrag.

London, 18. März. Die führenden Blätter lehnen das englisch-russische Handelsabkommen zum Teil mit sehr scharfen Angriffen ab. — Die „Times“ schreibt, Lenin habe einen diplomatischen Erfolg erzielt. Das Blatt erwartet keinen Widerstand gegen das Abkommen von dem gefügigen Unterhaus. — Die „Morningpost“ schreibt, auf dem Parlament ruhe nun die Hoffnung, daß es das Land vor Enttäuschung retten werde. Das Abkommen sei für die Bolschewisten ein Sieg, größer als eine gewonnene Schlacht. —

„Daily Telegraph“ sagt voraus, daß die britische Regierung ihren Schritt sehr bald bedauern werde. — „Daily News“, „Manchester Guardian“, „Daily Express“ und einige Abendblätter stimmen der Unterzeichnung des Abkommens zu. — „Daily Herald“ betrachtet den Abschluß des Abkommens als großen Sieg für die britische Arbeiterpartei. — Alle Blätter betrachten die Unterzeichnung des Vertrags durch die britische Regierung als eine Anerkennung der Räteregierung, wenigstens als de facto-Regierung. Die Presse ist sich jedoch darüber einig, daß man sich von dem Abkommen zum mindesten für die nächsten Jahre nicht allzuviel versprechen dürfe.

Streiflichter von der Schweizer Grenze.

Schranken und scharfe Grenzkontrolle trennen uns immer noch von unseren eidgenössischen Nachbarn. Wer aber zu den Südländern gehört, die das Passivum erhalten haben und drüben Lebensmittel für den Eigenbedarf kaufen dürfen, der kann sechs- oder achtmal im Monat die Luft eines freien Landes atmen. Und es ist eine andere Luft. Man merkt aus Allem und Jedem. Die Straßen sind gepflegt, aus Anlagen und Bauten spricht der Wohlstand, die Kinder sind rotwangig und freundlich, denn das Brot ist weich und reichlich. Nun darf auch der arme Deutsche, der entsprechend lange hier seinen Wohnsitz hat, drüben weißes Brot kaufen, ohne Marken, und Teigwaren edlerer Güte und Mehl und andere schöne Sachen. Und wenn der Kranke auch hoch und die Park nicht fließt, so kauft man drüben diese Dinge doch noch billiger, wie diesseits der Grenzpfähle. Scharf ist die Grenzkontrolle und das ist nötig. Der Schmuggel blüht. Und die Silberfahler und Schmuggler haben höchste Eile, ihr Schatz noch ins Erdreich zu bringen, denn am 1. 4. 21 ist mit dem Geschäft Schluss. Da werden die silbernen 5 Franken- und 5 Lirestücke in der Schweiz nicht mehr in Zahlung genommen; deshalb ist Hochbetrieb der ganzen Grenze entlang und selbst vor Gewalttaten wird nicht zurückgeschreckt. Denn das Geschäft ist gut und einträglich. Die Häuser mit den Bildnissen Napoleons, Leopolds und Viktors Emanuels gelten heute noch genau so viel wie die Häuser mit dem Bildnis der Helvetia. Aber der Schweizer Papierfranken gilt um ein mehrfaches mehr, wie der belgische, französische oder italienische. Und deshalb muß man den Silberfranken in der Schweizer Papierfranken umwechseln. Das ist doch ganz natürlich — für die recht große Masse der ehrenwerten Silberfahler. Täglich werden ihre Tücher gefahrt, und mit erheblichen Beträgen, die in Paketen, Schmugglerkisten, Autos, unterirdischen Gängen, zu Wasser und zu Lande befördert werden sollen — und auch befördert werden; immer noch, trotz Grenzkontrolle. Denn leider hat der Geldteufel auch in die Ehrlichkeit und Moral mancher Grenzbeamten seine Fänge geschlagen, diesseits und jenseits der Pfähle, und Mancher von ihnen, mit Mähe oder Käppi, ist in letzter Zeit dem Weg der erwischten Schieber gegangen.

Am Südrand des Sees führt ein Fußweg entlang. Ein prächtiges Landschaftsbild breitet sich aus. Drüben liegt das deutsche Ufer im Sonnenchein, mit seinen Städten und Flecken und mit den Häusern, auf denen der Sonnenchein wächelt. Der See ist tiefblau und die Fischerboote schaukeln auf ihm. Ruhe und Frieden atmet das Land. Aber die Sorgen, die drüben sein Land bewegen, über das sich trotz des Märzsonnenscheins dunkles Gewölke zusammenbraut, wird der Deutsche nicht los. Drüben ist das Brot grau und die Kinder sind bleich und schüchtern und auf dem Land liegt die Faust des Siegers. Sind wir Deutsche denn um soviel schlechtere Menschen als alle anderen, daß uns im Wandel der Jahrhunderte immer wieder einmal der Abgrund des Elends entgegenrutschen muß? — Vor einer Verbot-Tafel bleibe ich stehen. Verbot? Gibt's das in der Schweiz auch? Im Ausland wurde mir früher immer gesagt, Verbote gäbe es nur im Polizeistaat Deutschland. Und wenn ich auf das: Dénéense, e vietato, hinwies, dann lächelte man nachsichtig. Hier lese ich nun in der freien Schweiz ein Verbot: „Das Baden sowie das Anlegen mit Booten längs dieses Weges ist verboten. Zuwiderhandelnde verfallen in eine Buße von 5–20 Fr., wovon dem Anzeiger die Hälfte zukommt. Der Gemeinderat.“ Das ist doch sicher ein Scherz. Ich gehe den schönen friedlichen Weg am See entlang weiter. Da hält mich eine andere Tafel auf: „Das Reiten und Fahren auf diesem Wege ist bei 5 Fr. Buße verboten. Dem Anzeiger die Hälfte. Der Gemeinderat.“ Also ist es doch kein Spaß. Ein uniformierter Eidgenosse fährt auf dem Rad an mir vorbei. Ob ich mir „die Hälfte“ verdienen? Nun muß ich doch lächeln. Und mein jetzt etwas freundlicheres Gesicht scheint auch dem kleinen Bahnwärtermädchen, das mich bisher schüchtern beobachtet hat, besser zu gefallen. Jetzt kommt es zutraulich näher und erklärt mir eifrig die Vorzüge der Zippelmilch ihres Hanswurstfelds. Bei meinem Tabaklieferanten nehme ich mir noch das eine Mädchen Rauchtobak mit, das ich mit hinübernehmen darf. Heute kam die Nachricht, daß die Londoner Verhandlungen abgebrochen seien. Der Schweizer Kaufmann ist völlig niedergeschlagen. An dem beweglichen Mann bin ich das gar nicht gewöhnt. „Was soll nun werden?“ fragt er mich sorgenvoll. Ich hole meine paar Nickel- und Kupfer-Rappen aus der Hosentasche und klappere damit: „Ein Mädchen Tobak kann ich Ihnen noch ablaufen. Mehr nicht. Und in Zukunft vielleicht das nicht mehr.“ „Trostlos, trostlos,“ seufzt er und ich merke, daß auch der Schweizer seine Sorgen hat und daß uns aus diesen Sorgen (nicht nur der Schweizer) Hilfe erstehen wird. Auf deutschem Boden tragen die Männer den Kopf hoch.

Bermischtes.

Seuchenbekämpfung.
Genf, 17. März. Die dänische Regierung hat dem Sekretariat des Völkerbunds mitgeteilt, daß ihr Beitrag zur Unterzeichnung des Kampfes gegen die Seuchen 5000 Pfund Sterling betragen werde. Bis jetzt haben 22 Staaten für diesen Zweck Summen bewilligt. Die dem Völkerbund zur Verfügung gestellten Summen belaufen sich auf rund 262 000 Pfund Sterling.

Im Schlaf von Zwillingen beschenkt.
In dem in der Nähe von Nouburg gelegenen französischen Städtchen Lannoy lag eine 34jährige Frau seit Monaten an der Schlafkrankheit darnieder, und der Arzt befürchtete, die Frau würde nicht

mehr aus dem Schlaf erwachen. Zu aller Ueberraschung wurde die Frau gerade im kritischen Augenblick der Krankheit von einem Zwillingsspaar entbunden, wobei sie aus dem Starckampf erwachte und sich selbst wohl befand, während die Neugeborenen die Rolle der Mutter weiterführten und in ihrem Sterben friedlich schliefen. Mutter und Kinder befinden sich im übrigen wohl, und man hat alle Hoffnung, die Frau bald wieder hergestellt zu sehen.

852 Menschen ertrunken.

Der chinesische Dampfer „Hong-Moh“ ist an der chinesischen Küste aufgelaufen. Ein englisches Kriegsschiff und ein anderer Dampfer retteten von den 1100 chinesischen Passagieren 248. Die übrigen 852 Menschen sind ertrunken.

Räubereien.

Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ wurden zwei Kaiserbeamte der staatl. Salzwerksverwaltung in Leopoldsdorf, als sie nach Schierstadt zur Auslohnung fuhren, in der Nähe von Giersteden überfallen. Mit vorgehaltenem Revolver erzwangen die Räuber die Herausgabe des Geldes in Höhe von 7000 Mark.

Ein Hauptmann als Dieb.

Berlin, 18. März. Die Potsdamer Straßammer verurteilte gestern den Fliegerhauptmann Schlicht von der Fliegerstaffel Falob in Jüterbog wegen Kriegssachdienlichkeits zu zwei Jahren ein Monat Gefängnis. Schlicht hatte im März 1917 die Kriegskasse der Fliegerstaffel mit einem Inhalt von 77 000 Mark entwendet und war damit nach München gefahren, wo er verhaftet worden ist.

Verurteilte Verbrecher des Rapp-Bußches.

Die Strafkammer des Landgerichts Breslau fällt gestern das Urteil gegen die im Luise-Prozess Angeklagten. Helmbold Walter wurde zu 3 1/2 Jahren, Oberjäger Wikup zu 4 Jahren und Unteroffizier Bressa zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

15 Personen getötet.

Einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus München zufolge wurden auf dem Exerzierplatz Ingolstadt bei der Zerlegung von Munition 15 Personen durch eine explodierende Granate getötet.

Deutschland.

Die deutsche Wiedererstattung an die Feinde.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ gibt einen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Wiederaufbauminsteniums und hebt hervor, daß sich das Ministerium bei allen seinen Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Reparation, stets von dem Grundsatz habe leiten lassen, die schweren Bedingungen des Friedensvertrags nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit Deutschlands lokal zu erfüllen. Was die Verpflichtung zur Restitution betrifft, so sind allein von Frankreich an Maschinen und Material 80 000 Positionen, von Belgien 54 000 Positionen angefordert worden. Die Rücklieferung ist bei mehr als der Hälfte der Positionen bereits erledigt, bei den übrigen in Bearbeitung. Die Rückgabe von landwirtschaftlichen Maschinen an Frankreich und Belgien ist durch ein besonderes Abkommen grundsätzlich dadurch gelöst, daß aus einem besonders bereitgestellten Kredit neues Material als Ersatz für das abzuliefernde Material geschaffen wird. Das hat den Vorteil, daß das zurückzugebende Material nicht aus den Betrieben herausgenommen zu werden braucht. Ueber ein ähnliches Verfahren für die industrielle Restitution schweben noch Erörterungen. Von alliierten Seite ist anerkannt worden, daß von deutscher Seite alles geschieht, was in der Frage der Restitution (Wiedererstattung) zur Durchführung des Friedensvertrags beitragen kann. Irrendwelsche Beschwerden sind von der Gegenseite nicht erhoben worden. Das auf Grund des Waffenstillstands und des Friedensvertrags abzuliefernde Eisenbahnmaterial, 5000 Lokomotiven, 150 000 Wagen, ist nahezu restlos abgegeben. Die Entente verlangt jetzt aber die Restitution der Beutevorräte in ordnungsmäßigem Zustand, was eine erneute erhebliche Erzeugung für das Verkehrswesen bedeutet. An Kohlen sind bis Ende Februar 1921 rund 23 Millionen Tonnen geliefert, an Tieren bis zum 15. Januar 1921 38 186 Pferde, 33 461 Rinder, 136 851 Schafe, 17 522 Ziegen, 35 021 Geflügel, an Farbstoffen bis zum 30. November 1920 9 390 178 Kilogramm und an chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen rund 39 800 Kilogramm. Die besonderen Anforderungen der Entente gemäß § 2 der Anlage IV zu Teil 8 des Friedensvertrags belaufen sich nach den von der Entente im letzten Sommer überreichten Listen auf insgesamt 150 Milliarden Papiermark. Für über 6 Milliarden Papiermark sind bereits endgültige Angebote dem Gegner vorgelegt. Das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom Dezember 1920 sieht für die noch zu liefernden Pferde, Rinder und Schafe eine Lieferungsfrist von 6 Monaten, für Ziegen und Geflügel von 3 bis 4 Jahre vor. Die Sechsmonatsfrist hat für Pferde am 25. Januar 1921 begonnen. Es sind innerhalb dieser Frist 30 000 Pferde zu liefern. Von einer Lieferung von Rindern kann bei dem derzeitigen Seuchenstand in Deutschland keine Rede sein.

Neue Konflikte.

Zwischen Bayern und Reich ist ein neuer Konflikt ausgedehnt. Es handelt sich um den alten Zankapfel, die Einwohnerverschneidung.

München, 17. März. In der heutigen Landtags-Sitzung ergriff Ministerpräsident v. Kaahr nochmals das Wort zur Einwohnerverschneidung und Entschneidungsfrage und unterstrich seine bereits vorgestern gemachten ausführlichen Darlegungen, in denen er betonte, daß eine entgegengekehrte Anschauung der Regierung nicht bestünde darüber, was zu tun sei und was sie für richtig halte und was im Bereich ihrer Möglichkeit liegt. — Mit diesem eigenartigen Schritt der bayerischen Regierung können dem Reich nur Schwierigkeiten bereitet werden, besonders Aug gehandelt ist es nicht. Es ist Sache des Reiches, Bayern eines Besseren in letzter Stunde zu belehren. Soll das die gepredigte Reichseinheit sein?

Zur Entwaffnung.

Berlin, 16. März. In Beratung des Gesetzes über Art. 177 und 178, erklärte Reichskanzler, daß seitens des Schriftwechsels zwischen dem Reich und den bayerischen Regierung kein Hindernis in der Wechsel nicht zu veröffentlichen über den künftigen Schicksal der Londoner Einklärung darüber, Konferenz zu tun gedenkt worden. Minister Roden Standpunkt vertreten habe, frag sich nicht als gebunden bayerischen Ministerpräsident die Entwaffnung der Einklärung zu nehmen, ihre Durchführbaren Zeitraum und zu wegen der Bedrohung des Reiches über den Friedensvertrag werden. Sodann wird bayerische Regierung sich Reich und unsere nationalerortung aber für die Einklärung.

Der Kampf.

Berlin, 15. März. In anlässlich der Verhandlungen wegen Neuzeuwend Odaachlofen große Arbeitsenden zählende Reichshaus einzubringen, gehindert. Als durch die behindert wurde, sah die dem Rathaus zu räumen mittels gefälliger Tribüne Verhandlungsjaales ver Beratungen durch Lärm

Aus S.

Trotz starker Inan Vorbereitung auf das Kirchengefangerein nicht Darbietung edler und Herren Adese geleitet und Umgebung ausgemüßte Gelangskünsterin der Passion J. S. Bach. Ein mit Herrn Höfer (Vred Schütz, der seine O schlössen hat, wird auf u Bach und 3 Chorvorsprecher Weber, der stets hil neuen schönen Instrumenten diesmal auf den a cap Chorführung anzusehen ster, ein kleiner Chor sinnige Stücke aus der Karfreitag 5 Uhr. Um möglichen, wird ein Gaben zur Dedung der

Was bedeutet . . .

A. Pt. Heute ist das diese nicht allen der eigenes klar sein. Sanctio aus dem Lateinischen. Die Sanktion in Beziehung herbeiführen werden. (Sanctio ist die Folgen der Nichtbeachtung Sinne heißt dann Sanctio. Im neueren Staatsrecht eines Gegenwurfs und (Wenn wir heute an die der so oft von jenem Begr und „Heiligkeit“ jener ursprüngliche Bedeutung. Heiligkeit und Niederracht.

Städtische W.

Pfo

Großer Rii

in Herre

zu bedeutend h

Günstige Gelegen

Einwohnerfcha

Beleidun

Preislagen 2

Der Verkauf erfol

und Pflegeanstalt

von 0-1 Uhr, 9

Zur Entwaffnungsfrage in Bayern.

Berlin, 16. März. Im 28. Ausschuss des Reichstags zur Beratung des Gesetzes über die Durchführung des Friedensvertrags, Art. 177 und 178, erklärte Reichsminister Dr. Koch auch namens des Reichskanzlers, dass seitens der Reichsregierung der Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen der bayerischen und der Reichsregierung kein Hindernis in den Weg gelegt worden sei, dass wohl aber die bayerische Regierung zum Ausdruck gebracht habe, den Schriftwechsel über den künftigen Gang der Reichspolitik für den Fall des Scheiterns der Londoner Konferenz nicht gepflogen worden seien. Eine Erklärung darüber, wie die Reichsregierung nach der Londoner Konferenz zu tun gedenke, sei an keinerlei Landesregierung abgegeben worden. Minister Koch betonte, dass er nie und mit keinem Wort den Standpunkt vertreten habe, dass die Regierung an dem Versäcker Vertrag sich nicht als gebunden erachte. Es wurde sodann der Brief des bayerischen Ministerpräsidenten verlesen, in dem u. a. gesagt wird, die Entwaffnung der Einwohnerwehren sei grundsätzlich in Aussicht zu nehmen, ihre Durchführung in dem von den Gegnern vorgeschriebenen Zeitraum und zu den von ihnen bestimmten Terminen, aber wegen der Bedrohung der staatlichen Ordnung jetzt nicht möglich. Was über den Friedensvertrag hinausgehe, müsse strikte abgewiesen werden. Sodann wird versichert, dass bei ihrer Stellungnahme die bayerische Regierung sich von den Rücksichten auf die Interessen des Reichs und unsere nationale Geschlossenheit leiten lasse, die Verantwortung aber für die Entwaffnung der Reichsregierung überlassen müsse.

Der Kampf um Brot und Arbeit.

Berlin, 19. März. Vor dem Berliner Rathaus fanden gestern anlässlich der Verhandlung über mehrere kommunistische Anträge wegen Neuzuwanderungen an die Erwerbslosen und die Obdachlosen große Arbeitslosendemonstrationen statt. Die zu Tausenden zählende Menschenmenge verhielt sich gewaltlos in das Rathaus einzudringen, wurde aber daran von der Schutzpolizei gehindert. Als durch die Menschenansammlungen der Verkehr behindert wurde, sah sich die Polizei gezwungen, den Platz vor dem Rathaus zu räumen. Eine Anzahl Arbeitsloser hatte sich mittels gefälschter Tribünenkarten Eintritt zu der Tribüne des Verhandlungsraumes verschafft und versuchte von dort aus, die Beratungen durch Lärm zu stören.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. März 1921.

Kirchen-Konzert.

Trotz starker Inanspruchnahme durch Festtagsgänge und Vorbereitung auf das große Sommerkonzert möchte es sich der Kirchenchorverein nicht nehmen lassen, den Karfreitag durch Darbietung edler und ernster Musik besonders zu feiern. Von Herrn Nidele geleitet wird das Konzert durchweg von Calw und Umgebung ausgeführt. Frl. Gertr. Barth, unsere einheimische Gesangsleiterin wird 3 Gesänge des großen Predigers der Passion J. S. Bach darbieten, eine Arie im Zusammenwirken mit Herrn Höfer (Liebenzell) als Violinspieler. Herr Manfred Schütz, der seine Orgelstudien in Stuttgart nunmehr abgeschlossen hat, wird auf unserer schönen Orgel 2 große Werke von Bach und 3 Chorvorspiele von Neger spielen, während Herr Dr. Weber, der stets hilfsbereite Cellokünstler, 2 Stücke auf seinem schönen Instrument geben wird. Der Chor verlegt sich diesmal auf den a capella-Gesang, der als Prüfstein für die Chorleitung anzusehen ist, und singt 3 Einzeliieder alter Meister; ein kleiner Chor unter Begleitung des Orgelisters 3 tief-sinnige Stücke aus der Hmollmesse von Bach. — Konzertbeginn Karfreitag 5 Uhr. Am weitesten Kreisen den Eintritt zu ermöglichen, wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben; freiwillige Gaben zur Deckung der Unkosten werden aber erbeten.

Was bedeutet der Ausdruck „Sanktionen“.

A. P. Heute ist das Wort Sanktionen in aller Munde, doch dürfte nicht allen der eigentliche Sinn und die Bedeutung dieses Begriffes klar sein. Sanktionen bedeutet eigentlich Weihe und stammt aus dem Lateinischen. Sanktifizieren heißt heilig, heilig sprechen. Die Sanktion in Beziehung auf Gesetze bedeutet die Unverletzlichkeitserklärung derselben unter Androhung einer Strafe für Übertretungen. (Sanctio ist derjenige Teil eines römischen Gesetzes, der die Folgen der Nichtbeachtung der Normen mittelst.) Im weiteren Sinne heißt dann Sanktion überhaupt eine gesetzliche Anordnung. Im neueren Staatsrecht versteht man darunter die Genehmigung eines Gesetzgebungsaktes und des eigentlichen Gesetzgebungsaktes. — Wenn wir heute an die gescheiterte Londoner Konferenz denken, in der so oft von jenem Begriffe die Rede war, so wird die „Weihe“ und „Heiligkeit“ jener Sanktion allerdings ein Hohn auf die ursprüngliche Bedeutung. Jetzt bedeutet das Wort brutale Gewalttätigkeit und Niedertretung. D. Schriftl.)

Amthliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.
Vetr. Brennspiritus.

Die Beschränkungen für den Bezug von Brennspiritus mit Bezugsmarken sind aufgehoben.

In Zukunft kann deshalb jeder Verbraucher seinen Bedarf an Brennspiritus bei den bekannten Verkaufsstellen ohne Bezugsmarken bedenken.

Calw, den 16. März 1921.

Oberamtmann G. S.

Bekanntmachung

betr.

Errichtung einer Wassertränkanlage an der Teinach auf Marlung Liebesberg.

Dr. ing. A. Klein in Stuttgart beabsichtigt an der Teinach auf Marlung Liebesberg ein Wassertriebwerk zur Erzeugung von elektrischem Strom zu errichten. Dies soll unter Benützung des bestehenden Hauptkanals für die Wassertränkanlage der Parzellen 699/1, 699/2, 698, 697/696, 694/1 erreicht werden.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Zeitungsnummer gerechnet, bei dem Oberamt einzureichen.

Pläne und Beschreibungen liegen hier zur Einsichtnahme auf. Verspätet einlaufende Einwendungen können in dem Verfahren keine Berücksichtigung finden.

Calw, den 14. März 1921.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist neu ausgebrochen in Oberweiler, Ob. Nischalben. Sperrgebiet: Oberweiler.

Beobachtungsgebiet: Oberweiler und Nischalben. 15 Kilometer Umkreis wie bei den früheren Seuchenfällen.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Wildberg erneut und zwar in dem Gehöfte des Christian Marquardt, Bautechnikers, an der Effringerstraße, ausgebrochen.

Sperrgebiet: das verseuchte Gehöfte.

Beobachtungsgebiet: der übrige Teil der Gemeindegemarkung Wildberg und die Gemeinden Schönbrunn, Koffelden und Effringen (letzteres zur Zeit noch Sperrgebiet).

Im übrigen treten die schon beim ersten Seuchenausbruch in Wildberg angeordneten Schutzmaßnahmen in Kraft.

Ragold, den 15. März 1921.

Oberamt: Münz.

Neue Preise auf dem Baumarkt.

(SCB.) Stuttgart, 16. März. Durch eine Verfügung des Arbeitsministeriums werden die Höchstpreise für Ziegelwaren neu geregelt. Je 1000 Stück Backsteine kosten 325—365 M., Formsteine 345, Hochsteine 480—620, Biberschwänze 580—620, Falzziegel 910—950, Drainageröhren je nach Lichtweite 415 bis 1195 M. und Fitzziegel 3,20 M. das Stück. Die Ziegeleien sind gehalten, für gemeinnützig anerkannte Wohnungsbauten einen Nachlass bis zu 10 Proz. zu gewähren, der von den Ziegeleien an die Bauherrschafft abzuführen ist. Bei unmittelbarem Absatz kommt bei geringeren Auftragsmengen auf die Höchstpreise ein Zuschlag von 5 bzw. 10 Proz. Die Höchstpreise mußten für einzelne Ziegelwaren (Backsteine, Biberschwänze und Dachplatten, Doppel- und Stranzfalzziegel, sowie Drainageröhren) um durchschnittlich etwa 5 Proz. erhöht werden, da namentlich die neuerlichen Lohn- und Gehaltsbewegungen der Arbeiter und Angestellten in der Ziegelindustrie um etwa 15 Proz., sowie die wiederholte Erhöhung der Eisenbahnfrachtpreise für Kohlen von den Ziegeleien bei den bisherigen im April 1920 festgesetzten Höchstpreisen nicht getragen werden können, wenn die Ziegeleien dauernd leistungsfähig bleiben sollen. Die Preisserhöhungen halten sich mit Zustimmung der Ziegeleien im Interesse der Belebung des Baumarktes in den möglichsten Grenzen.

*

(SCB.) Stuttgart, 16. März. Die Handwerkskammer, die dieser Tage versammelt war, erhebt gegen die Kommunalisierung von Handwerksbetrieben den schärfsten Einspruch, da durch derartige Maßnahmen der Untergang einer großen Anzahl selbständiger Existenzen und somit eine weitere Schädigung des Handwerks herbeigeführt würde. Die Erhaltung der Grundlage einer freien, wettbewerbsfähigen, schöpferischen und persönlich verantwortlichen Unternehmerfähigkeit muß auch im neuen Volksstaat Aufgabe des Staates sein. Die Kammer wird

für einen weiteren Ausbau der Organisation des Handwerks und für eine Anpassung dieses für die heutigen Wirtschaftsverhältnisse besorgt sein. Die Kammer erwartet von der wirt. Regierung, daß sie dem Handwerk den ihm in der Volkswirtschaft gebührenden Platz einräumt. Die Kammer erhob schärfsten Widerspruch gegen den von der Sozialisierungskommission vorgelegten Gesetzentwurf, der den Gemeinden das Recht der Kommunalisierung einer Anzahl wichtiger Gewerbegebiete einräumt. Der Vorstand der Kammer wurde beauftragt, bei der Bildung eines Aktionsausschusses zur Abwehr der Kommunalisierung mitzuwirken.

(SCB.) Stuttgart, 16. März. Vom Landespolizeiamt wird mitgeteilt: Der Betrüger, der am 23. Februar in der Lauffenmühle, Ob. Weisheim, als angeblicher Polizeibeamter aufgetreten ist, und unter dem unwahren Vorbringen, er müsse den Geldvorrat wegen Verdachts der Ausgabe von Falschgeld nachprüfen, 29 000 M. erschwindelt hat, ist in der Person des 27 Jahre alten, wohnungslosen Gelegenheitsarbeiters Eugen Schäfer von Weisgartschhausen ermittelt und festgenommen worden. Der größere Teil des erschwindelten Geldes konnte wieder beigebraut werden. Mitgewirkt hat bei dem Gaunerstück der 41 Jahre alte, in Stuttgart wohnhafte Maurer Anton Hiltmann. Dieser ist ebenfalls festgenommen. Schäfer ist durch die Ermittlungen der Kriminalabteilung des Landespolizeiamts überführt worden, daß er zusammen mit dem inzwischen wegen anderer Straftaten zu einer Zuchthausstrafe verurteilten 41 Jahre alten Mechaniker Wilhelm Fischer von Hall im Oktober v. Js. in Hasenwinkel O. A. Teinang eine ähnl. Tat verübt hat, wobei die Beiden über 50 000 M. erbeutet haben. Es besteht dringender Verdacht, daß Schäfer mit seinen Genossen noch andere ähnliche Taten begangen hat, insbesondere in der Weise, daß ein Genosse als Käufer von rosigelmperten Tausendmarktscheinen auftrat und der andere dann unmittelbar vor Abschluß des Geschäfts als angeblicher Polizeibeamter das Geld „beschlagnahmte“.

(SCB.) Stuttgart, 17. März. (Vom Landtag.) Der Landtag tritt am nächsten Montag, nachmittags 3 Uhr, wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kleine Anfrage Siller und die große Anfrage Gähring (Soz.) betreffend Uebungen der staatlichen Ordnungspolizei. Hierauf erfolgt die 2. Beratung des Etats mit der Abstimmung über die Kapitel Landesstheater und Konservatorium für Musik. Außerdem liegt ein neuer Antrag des Finanzausschusses vor, der verlangt, die Frage einer besseren Milchversorgung der Städte des Landes mit allem Nachdruck zu fördern und insbesondere mit der Stadt Stuttgart und der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart in Besprechungen über die rascheste Beförderung und Ausgabe der Milch einzutreten. Dieser Antrag wurde anstelle des Antrags über die Errichtung der Milchzentrale in Völklingen gefaßt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung: erste und zweite Beratung eines Nachtrags betreffend den Staatsgerichtshof, die zweite Beratung über das Besoldungsänderungsgesetz und die erste Beratung über den Personalaushang.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

Samstag, 19. März. 7 1/2 Uhr abends im Vereinshaus: Vorbereitung auf die Abendmahlsfeier am Palmsonntag; Stadtpfarrverweser Gschwend.

Palmsonntag, 20. März. Vom Turm: 178. Kirchenchor: Du gehst in den Garten beten. Predigtlieb: 183, Du gehst in den Garten beten. 9 1/2 Uhr: Beichte in der Sakristei der Kirche. 9 3/4 Uhr: Predigt in der Kirche, Dekan Zeller. Im Anschluß Feier des hl. Abendmahls, 1 Uhr in der Kirche: Christenlehre, jüngerer Jahrgang der Söhne. 5 Uhr: Predigt in der Kirche, Stadtpfarrverweser Gschwend.

Gründonnerstag, 24. März. 11 Uhr: Abendmahlsfeier für Leidende und Gebrechliche im Vereinshaus, Dekan Zeller. 7 Uhr abends: Abendmahlsfeier in der Kirche mit vorausgehender Vorbereitungsrede und Beichte, Dekan Zeller.

Katholischer Gottesdienst.

Palmsonntag, 8 Uhr: Frühmesse, 10 1/2 Uhr Palmweihen und Amt. 2 Uhr Andacht. Osterbeichte Samstag von 4—7 Uhr nachmittags und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Palmsonntag 1921.

Vorm. 10 1/2 Uhr Predigt und Abendmahlsfeier, Ulrich-Freudenstadt, anschließend Brüderkonferenz. Die Sonntagschule fällt aus. Nachm. 2 Uhr, Bezirks-Liebesfest. Mittwoch, 8 Uhr, Bibelstunde Pföher. Stammheim: Mittwoch, 8 Uhr, Bibelstunde, Raichle.

Truck und Verlag der A. Böhmlager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortl.: J. B. A. Port, Calw.

Städtische Bekleidungsstelle Pforzheim.

Großer Räumungsverkauf in Herrenanzügen zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Günstige Gelegenheit für alle Kreise der Einwohnerschaft, sich mit billiger Bekleidung einzudecken.

Preislagen 200—400 Mark.
Der Verkauf erfolgt in der Alten Heil- und Pflegeanstalt Parzberggasse 6, Voem. von 9—1 Uhr, Nachm. von 3—6 Uhr.

Wohltätigkeitslose

à 1.20 bei Friseur W. Ing. Ziehung garantiert Samstag. Hauptgewinn Mk. 15 000.—

Lebensstellung Nebenverdienst reell u. sicher eventuell
General-Bertretung zu vergeben.
Angebote unter Nr. 8 an Postfänger Wochenmarkt, Pöfingen. Probe-Nr. unentgeltlich.

Eine fast neue
Feldscheuer hat zu verkaufen.
Jakob Hermann, Seigentel.

Paul Räuchle, Calw.

Einsatzhemden für Konfirmanden
Unterhosen
Strümpfe
Socken
Hosenträger

Kräftiger, junger

Arbeiter

16—18 Jahre alt
kann sofort eintreten
bei L. Rärcher, Sägewerk, Hirschau.

Ein noch guterhaltenes

Fahrrad

mit Freilauf
ist billig zu verkaufen
im Gasthaus z. „Hirsch“, Unterhaugstett.

Marktgenehmigungs-Gesuch.

Die Stadtgemeinde Nagold will auch in den Jahren 1922, 1923 und 1924

Pferdemärkte

am letzten Donnerstag im April, am ersten Montag im Juli, am dritten Donnerstag im Oktober und am zweiten Donnerstag im Dezember in Verbindung mit den für diese Tage genehmigten Viehmärkten bzw. sofern diese ausfallen, an Stelle derselben abhalten.

Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 14 Tagen hier anzubringen.

Nagold, den 16. März 1921.

Oberamt: Münz.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr.

**Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe
in Calw e. G. m. b. H.**

General = Versammlung

findet am Samstag, den 19. März 1921, nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zum „Röfle“ in Calw statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
2. Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats.
3. Verwendung des Reinertrags.
4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
5. Festlegung der Höchstbühne im Sinne des § 30 Abs. 2 der Satzung
6. Entgegennahme des Berichts über die von Herrn Verbandsreferent Schumacher am 2. und 3. Juli 1920 vorgenommene Revision unserer Bank
7. Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.

Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
Calw, den 10. März 1921.

Für den Vorstand:
Georg Wagner.

Für den Aufsichtsrat:
Hans Fehler.

Herren-Anzugstoffe

von 65 Mk. an bis 170 Mk. per Meter.

1 Posten Herrenanzugstoff-Resle
von 3—3 1/2 Meter zu herabges. Preisen.

**Kostümstoffe :: Kleiderstoffe :: Blusenstoffe
Schurzzeuge billigst.**

Georg Molz, Calw, Lederstr. im Hause R. Kauber, Sefengesch.

**Bezirks-Ziegenzucht-Verein
Calw.**

Für jedes Mitglied von Stadt und Land, sind bei Friedrich Pfommer, unteres Ledereck
2 Säcke Meie zu je 60 Pfd.
zu haben. Preis mit Sack je 22 Mk. — Bis spätestens
Mittwoch, den 23. März muß alles abgeholt sein

Schwarze Kleiderstoffe

in großer Auswahl
zu günstigen Preisen.

Nur reinwollene Qualitäten
verschiedene Breiten
verschiedene Webarten.

Paul Räuchle, Calw.

Seefischmarkt

am Samstag Vormitt. auf dem Marktplatz.
Frische Schellfische, Kabejau ohne Kopf.

Versteigerung.

Unterzeichnet verleierte am Samstag, den 19. März
1921, von 10 Uhr ab folgende Gegenstände:

- Wagen, Räder, Achsen, Risten,
- Beile, Aexte, Sägen, Spaten,
- Silbengeschirre, Stränge,
- Kummete, Riemen (kleine u. große)
- Leder für Sattler und Schuhmacher
- und sonst Verschiedenes.

Christian Mayer, Höfingen, Telefon 95.
Eisen und Metalle.

Corned Beef

erstklassige Qualität
Englische Pfd.-Dose
Mark 5.80.
Fr. Lamparter.

**Restaurant
„Rebstöckle“
Stuttgart,**

Karlstrasse 15
Bekannt gute Küche,
reine Weine.
Stuttgart, u. Münchner
Biere.
Es empfehlen sich
Hugo Stotz, u. Frau
Klara, geb. Wochele.

**la
Büchlinge**

Pfd. Mark 4.50
heute eintreffend
empfehlen
Spar- und
Consumverein.

Zur Saat

- empfehle
- Ruzerz (wäner Meie)
 - Roßtee
 - Sparfette
 - Timofy-Gras (Fuchschwanz)
 - Grasamenmischung
 - Runkelfamen (Kirches Ideal) sowie alle sonstigen
 - Seld- u. Gartenfamen in nur bester, keimfähiger Ware bei billigsten Preisen.
 - D. Suno, Landesprodukt, Calw, Telefon 80.

Kaffee

in bekannt guter Mischung.

roh und jede Woche frisch gebrannt

empfehlen bestens

C. Serva
Seerpfech-Nr. 120.

- Mais
- Maismehl
- Erdmehl
- Geflügelweichtutter
- Rübmehl
- Futterkalk
- empfehlen billigst
- Dito Jung.

Hirsau.

Ab Samstag ist bei mir
schönes

Pferdefleisch

von einem 3-jährigen Pferd,
zu haben, das Pfd. 5 Mk.
Friedr. Gadenheimer.

Verkaufe 2 sehr gut erhaltene

Hühnerställe

auch für Kaninchenställe geeignet, jed. f. 18—20 Hühner,
ein Dreiflügel

Leerkästen,

und 20 Meter einmahliges

Drahtgeflecht

1 und 1 1/2 Meter breit.

Frau Dr. Schiemann,
Bad Teinach.

1 Gasherd,

2 Gaslampen,
und eine alte

Kommode
preiswert zu verkaufen
Marktplatz 4.

Neuen oder gebrauchten

Schreibtisch

billig zu kaufen oder zu mieten gesucht.

Ferienheim Monbadal
Vbf Monbad-Neuhaujen.

Eine schwere

Rug- u. Schaff- Kuh

täglich 7 Ltr. Milch gebend,
und zwei Paar

Läufer- Schweine

verkauft

Matth. Fofz,
Altdulach.

Lohnenden

Nebenverdienst

finden Sie durch Übernahme einer Agentur oder Vermittlung für alle erstklassige Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, welche in sämtlichen Versicherungszweigen arbeitet. In allen Kreisen bestens eingeführt. Jederzeit Unterstützung durch Geschäftsorgane. Hohe Provisionen. Schreiben Sie noch heute unter S. L. 2837 an Rudolf Wölfe, Stuttgart.

Klavier- Stimmer

Fr. Schenk aus Stuttgart kommt dieser Tage wieder hierher. Gest. Anmeldungen nimmt entgegen: Herr E. Raiz zum „Badischen Hof“, sowie die Geschäftsst. ds. Pl. Nur beste Referenzen!

Licht. Vertreter

Klappstühle

für Spaziergänge, Theater, Ausflüge, Sportfeste, Kinder- und Badefahrt, allerorts bei gutem Verdienst gesucht. Angehore unter St. St. 64 an die Geschäftsstelle ds. Pl.

Paul Räuchle, Calw

**Weißer
Damenwäsche**

Hemden 35.—, 48.—, 48.50, 49.50
Beinkleider 41.50, 44.—, 46.50
Untertaillen 17.—, 20.50, 21.—,
25.—

Unterröcke 60.—, 65.—
Prinzeßröcke (Konfirmationsgröße)
65.—, 67.—

Aus nur guten, haltbaren
Baumwollstoffen hergestellt

Sur Besichtigung melner

**Modellhut-
Ausstellung**

lade ergeben ein

Marie Dorn, Marktstraße.
Untere

Ältere Hüte werden flott und billig
umgearbeitet.

Geschäftsempfehlung.

**Gottlob M. Pfeiffer
Bauunternehmer, Calw**

Fernsprech-Anruf Nr. 97 Vorstadt Nr. 241
empfehlen sich zur Ausführung von
Hoch-, Tief- und Umbauten,
Dachdeckungen, Legen von
Wand- und Boden-Platten
und sämtlichen Reparaturen
bei schnellster Beledigung u. billiger Berechnung.

Klavier- „Harmonium“ immer

vom Musikhaus Sattler, Pforzheim
kommt regelmäßig nach Calw.

Anträge bitte in der Geschäftsstelle dies. Blattes anzumelden.

Wegen Platzmangel verkaufe ich am Samstag, den
19. März, nachmittags 2 Uhr, im Kaffeehaus in der
Nonnengasse Nr. 132:

- 1 Duallisch, 1 Kleiderständer, 1 Leiter,
- 1 Ruhebett, 1 Wiegen- und andere Körbe, teils mit Deckel, 1 Hobelbank mit Handwerkszeug, 1 Fleischhack- und 1 Durchschlag- u. Kaffeemaschine, etwa 8 Ltr. haltend, 1 große Kaffeemühle, 1 großes Tranchiermesser, 1 Küchenwaage, 1 eich. Waschbütte, 1 Faß mit 60 Ltr., 1 Stauke mit 1 1/2 Ztr. Sauerkraut, 1 Faß mit 90 Pfd. Salz, 1 Waschestell mit Schüsseln, große und kleine schöne Bilder, 6 Bände Weltkrieg, 6 Band Feierabend, 1 elektr. Lampe, 3 Paar Damenschuhe 37—39, 1 feldgrauen Mantel, 1 Kinderschlitten, Flaschen und Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen. Stadlinventierer Roth.

Unterzeichnet hat zu verkaufen:

- 1 neue Zellbahn (grau), 1 bereits neuen schwarzen Militär-Mantel, 1 geflochtenen Blumenständer, 1 neuen Steil. Hasenstall mit 2 weißen u. 1 Amiel- oder Wachtelhans. Riesen-Holen

Wilk. Schäuble. Stadlinventierer bei Calw.



Nr. 65.

Ercheinungsweise: 6
Hefen Nr. 2. — Auf S.

Polen

Die Tragödie
A. Pl. Wie lange wird
Gefühl des zerfallenen
planeten-Verzerrten applizieren
sein — oder weniger —
Spur mehr von ihm zeit
das nördliche Zentralkontinent
nach Deutschland hineinbu
naler Staat. Es existiert
als Versuch der Erfüllung
Schöpfung von Militärfa
Von einer Nation ist n
Von ihm als von einer N
ist tragischer Spaß. Die
tioniert kaum Sie beste
raten, die Jahrhunderte
ste tut nichts und hat nie
lang ist effektiv ihr einz
führen, auf Krieg gegen
Mieselend des eigenen
Problemen des Friedens
und denkt darüber ebenfo
griffe von etwas, das sie
Wo steht die Erklärung
wirksamkeit, völlige Unere
sucht und Anträgen, Man
gewissen begrenzten Fällen
Steuerverfassung der herrschen
rollen. Klassenunterschiede
tätigen Klassen besteht heu
zwischen Edelmann und
Massen tritt überall in die
der stumpfen, ansehend
Ereignissen unter ihnen u
ausdrückt. Die Tragödie
geschrieben.

Ich war in Polen, als
ten. Ich war in Winst
hoffig geräumt wurde. U
Gefahr schien es nicht, a
Behörden der Stadt, de
Wina, als die russische M
der Stadt stand und es
die Hauptverbindungen
wieder trat der gleiche M
Von den Eisenbahnhöf
sen zum Abtransport des
Unfähigkeit aller Parte
quälend.

Selten, daß auf den
setzener noch in den abge
Doch die Soldaten über ge
schlecht für sie geforgt wu
Kralau ist berührt gew
mens aus jungen Gellen
aufgestellt worden war, u
geht von dieser Klasse der
triebener Patriotismus) e
besten Regimenter aus P
aufschuß stattgefunden hat.
Nur ein Wunder der
Wunders, zu schaffen, was
da ist — eine wohlgeord
allgemeinen Wohle sich w
jetzt Polen darstellt, beru
Klarteten. Seine Nachba
ratt und Verfall sind an
selbst auf die Weine helfe
kein gewaltfamer Tod zu
nügt. Viel wahrscheinlic
menbruch einer verfaulten
allem Anfang höchst sage
und das Erbe antreten.
Land sein. Wahrscheinlich

Der letzte S
Berlin, 18 März. G
stige nach Oberstleuten
Kleubern, Dr. Simons, an
die zur Abfahrt bereiten